

# 10 Jahre Schlecker-Insolvenz

## Unbeschreibliche Existenznot

Von Gastautor Paul Schobel

Datum: 19.01.2022

Nach der Insolvenz der Drogeriemarktkette Schlecker im Januar 2012 standen Zehntausende MitarbeiterInnen vor dem Nichts, im Stich gelassen auch von der Politik. Der ehemalige Betriebsseelsorger Paul Schobel, der damals mit einem Fonds "erste Hilfe" leistete, erinnert daran – und schreibt allen Akteuren ein paar Pflichtübungen ins Stammbuch.



Stürzten ins Bodenlose: demonstrierende Schlecker-Mitarbeiterinnen im März 2012. Fotos: Joachim E. Röttgers

Am 23. Januar 2012 hielt die Republik für einen Moment den Atem an: Anton Schlecker, Ehinger Metzgermeister und Chef eines internationalen Handelskonzerns, musste aufs Ulmer Amtsgericht, um Insolvenz anzumelden. In mehreren Entlassungswellen verloren danach über 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Die meisten stürzten geradezu ins Bodenlose. Denn mangels Masse konnte kein Sozialplan verhandelt und daher keine Abfindung ausbezahlt werden. Manche Frauen hatten sich aufgrund geringfügiger Beschäftigung in Mini-Jobs nicht einmal eine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld erwerben können und zappelten von heute auf morgen in der Grundsicherung, vulgo "Hartz IV". Damit nicht genug: Die Politik – allen voran der damalige FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler – verhinderte im letzten Moment eine Bürgschaft für eine Transfergesellschaft, ein bewährtes Instrument, um Beschäftigte aufzufangen, zu qualifizieren und vielleicht neu zu vermitteln. Potentielle Käufer des bankrotten Unternehmens hätten dann nicht tausende Kündigungsschutzklagen befürchten müssen, und lukrative Schlecker-Filialen wären einfach weitergeführt worden.

Es war Leni Breymaier, die damalige Landesbezirks-Vorsitzende von Verdi, die mich auf die Idee brachte, unter dem Dach "meiner" Caritasstiftung "Arbeit und Solidarität" einen Schlecker-Hilfsfonds zu etablieren und so ein wenig "erste Hilfe" zu leisten. Schön, was wir da erleben durften: Belegschaften sammelten Spenden, ebenso Vereine und Kirchengemeinden. Auch Einzelpersonen griffen tief in die eigene Tasche. Am meisten berührte mich der Kleinbetrag eines Hartz-IV-Empfängers.

## **Viele blieben jahrelang arbeitslos, teils bis zur Rente**

Die Hilferufe an die Krisen-Gewinnler, die anderen Einzelhandelskonzerne in Deutschland, verhallten ungehört, geschweige, dass auch nur ein einziger müder Euro geflossen wäre. Dankend aber hatte man die Schlecker-Marktanteile eingesackt. So buchstabiert sich "Solidarität" in Konzernzentralen! Alles in allem konnten wir aber doch circa 70.000 Euro in kleinen Tranchen und unter strengsten Prüfkriterien an etwa 200 hilfsbedürftige "Schlecker-Frauen" überweisen. Wir haben damit zum Beispiel Räumungsklagen verhindern, Heizkostenzuschüsse geben und bittere Notlagen abwenden können – niemals ohne die Betroffenen aus ganz Deutschland an soziale Beratungsstellen zu vermitteln. Ein Mini-Erfolgsmodell, dem sogar die Arbeitsagentur ihren Segen erteilt hatte. Unsere Zuwendungen wurden nämlich nicht als "Einkommen" verbucht und daher auch nicht – wie sonst üblich – gleich wieder in Abzug gebracht.

Viele der Schlecker-Frauen blieben jahrelang arbeitslos, die älteren meist bis zur Rente. Jüngere nahmen teilweise Angebote aus anderen Handelshäusern an, durch die Bank zu

schlechteren Konditionen und oft weiten Anfahrtswegen. Wenige nur packten eine berufliche Weiterbildung. Die Kontakte wurden im Lauf der Jahre natürlich dünner – auch die zu den Betriebsseelsorge-Stellen in Deutschland, die sich intensiv um die Betroffenen gekümmert hatten. Unbeschreiblich, was da an Arbeitsleid und Existenznot zutage getreten war. Den wenigen, denen wir nun noch nach Jahren begegnen, steht immer noch Verbitterung ins Gesicht geschrieben.



Schlecker-Filiale in Stuttgart im Sommer 2012 kurz vor der Schließung.

## Daueraufträge für Firmen, Belegschaften, Politik

So etwas darf sich nie mehr wiederholen! Ich hatte damals schon allen Akteuren ein paar Pflichtübungen ins Stammbuch geschrieben. Dabei handelt es sich durchweg um "Daueraufträge", die ich kurz aktualisiere:

Den Unternehmen sollte klar geworden sein, dass im Fall Schlecker die Rechnung mit billiger, miserabler Arbeit nicht aufgegangen war. Im Gegenteil: Wer schlecht bezahlt, Angestellte verdächtigt, bespitzelt, schikaniert und gefährdet, schaufelt sich das eigene Grab! Man erinnere sich: Eine Verkäuferin zahlte bei einem Überfall auf eine Filiale mit dem Leben, weil man – aus "Kostengründen" – nicht einmal Telefone und Alarmvorrichtungen installiert hatte. In "gute Arbeit" zu investieren, lohnt sich auch für die Unternehmen. Jahrzehntlang hatte man den Schlecker-Leuten die Tarifbindung und die betriebliche Mitbestimmung verweigert. Betriebsratswahlen waren be- oder gar verhindert worden, bis der Druck im Kessel zu explodieren drohte. Es waren mutige Frauen und Männer, die sich zum Schluss als Betriebsräte – gut miteinander vernetzt und kampfbereit – eingemischt haben. Zu spät – der Super-Liner war schon in Schräglage geraten. Abgesehen davon, dass der "starke Arm" der

betrieblichen Mitbestimmung bekanntlich schnell erlahmt, wenn es um Kapitalverwertung geht und Missmanagement zu beklagen ist. Das alles scheint Arbeitgeberverbände bis heute nicht zu interessieren. Ich vermisse wirksame Frühwarn-Systeme für den Fall, dass wieder mal eines ihrer Schäfchen auf solche Abwege gerät.

Den Belegschaften sollte der Fall Schlecker noch lange ein Exempel sein! Sie müssen sich endlich und zwar alle auf ihr Recht besinnen, eine wirksame Interessenvertretung zu wählen. Gut, dass ihnen der Gesetzgeber entgegenkommt. Er hat Betriebsratswahlen erleichtert und will die Initiatoren besser schützen. Behinderungen durch den Arbeitgeber sollen überdies schärfer geahndet werden. Doch kein Ministerium kann den Beschäftigten abnehmen, selbst aktiv zu werden, sich zu wehren und mitzugestalten. Belegschaften ohne Betriebsräte verwirken sich übrigens auch das Recht, im Fall der Insolvenz einen Sozialplan auszuhandeln! Bleibt zu hoffen, dass viele Belegschaften bei den nun beginnenden Betriebsratswahlen endlich ihr Grundrecht einlösen. Auch wenn das Betriebsverfassungsgesetz wirtschaftliche Mitbestimmung im eigentlichen Sinn verweigert, sind die Wirtschaftsausschüsse der Betriebsräte doch eine Art Seismograph, um rechtzeitig Erschütterungen wahrzunehmen.

Der Politik darf kein weiteres Mal durchgelassen werden, dass Markt-Liberale in der Regierung eine Transfergesellschaft verhindern. Ein schwerer Sündenfall, übrigens auch sozusagen ein Eigentor für Marktfetischisten selbst. Ihnen müsste es ja in erster Linie darum gehen, das Arbeitskräfteangebot der Nachfrage anzupassen und ausreichend zu qualifizieren. In diesem Fall beherrschten sie nicht einmal ihr eigenes ökonomisches kleines Einmaleins, von der sozialen Verantwortung einer Regierung ganz zu schweigen. Niemals dürfen arbeitende Menschen dermaßen wie im Fall Schlecker einfach ins Nichts hinausgeschleudert werden.

Zum Schluss nehme ich mir Verbraucherinnen und Verbraucher, die "Billigheimer" zur Brust. Schuld am Niedergang von Schlecker waren nämlich auch sie, die cleveren "Schnäppchenjäger". Ich meine natürlich nicht die Armen unserer Zeit, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, sondern jene mit ausreichendem Einkommen. Auch und gerade Arbeit, "gute" Arbeit hat ihren Preis! Wer mit offenen Ohren und offenen Augen damals unterwegs war, hat genügend Informationen auffangen können, wie es bei Schlecker zugegangen ist. In Konsumentenkreisen entwickelt sich nun allmählich Bewusstsein im Blick auf "Tierwohl" und gerechte Erzeugerpreise – o.k., bei der Arbeit aber ist diese neue Sensibilität noch lange nicht angekommen. Es gibt Unternehmen, bei denen man guten Gewissens einfach nicht einkaufen darf! Schon lange wünsche ich mir eine weltweite Datenbank, die miserable Arbeitsbedingungen erfasst, auflistet und diese Informationen den Kaufwilligen zur Verfügung stellt. Billig ist nämlich nicht immer gut! Vor allem dann nicht, wenn Schnäppchenpreise mit billiger Arbeit und vorenthaltener Mitbestimmung zustande kommen.

# Keine Betriebsschließung mehr ohne Zoff!

Im Kapitalismus sind Insolvenzen "normal". Sie sind das finale Instrumentarium zur "Resteverwertung", um die letzten Überbleibsel des eingesetzten Kapitals aus dem Schrotthaufen herauszukratzen. Für die Beschäftigten aber bricht die Existenzgrundlage weg, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Ihnen liegt mehr als den Anlegern an Wohl und Wehe "ihrer" Firma. Darum leiden sie nicht nur materiell, sondern auch seelisch. Hier wird mit dem Hintern umgestoßen, was die Arbeitenden mit Mühe und Schweiß, mit Können und Fleiß, Schaffenskraft und Phantasie über Jahre hinweg aufgebaut haben. Das ist eine bitterböse Schmähung, eine Beleidigung, so vom Platz gejagt zu werden.



Autor Paul Schobel im Oktober 2019 bei einer DGB-Veranstaltung.

In der Betriebsseelsorge haben wir uns zusammen mit den Gewerkschaften schon längst auf eine wirksame Agenda verständigt: Keine Betriebsschließung mehr – und sei sie wirtschaftlich noch so begründet – ohne Zoff! "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt." Die Betroffenen müssen öffentlich artikulieren, was ihnen da widerfährt. Und die Organisationen mobilisieren die gesellschaftlichen und politischen Akteure. Und siehe da: Nicht wenige Unternehmen überdenken oder modifizieren plötzlich ihre Pläne, wenn sie auf Widerstand stoßen und ihnen öffentliche Blamage droht – nicht gut fürs Marketing!

*Paul Schobel, Jahrgang 1939, ist Betriebsseelsorger i. R. und lebt in Böblingen. 38 Jahre lang hat er in der Betriebsseelsorge der Diözese Rottenburg gearbeitet, von 1991 bis 2008 war er*

deren Leiter. Für Kontext hat Schobel schon mehrmals zu sozialen Themen kommentiert, [auch zu Schlecker](#).